

VORWORT

Argentinien erlebte im Jahr 2001 einen in seiner jüngeren Geschichte einzigartigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch. Der Kollaps des Finanzsystems vertiefte die starke soziale Segregation und Ausgrenzung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Die in den neunziger Jahren begonnene Politik von Privatisierung und Staatsabbau verursachte nicht nur eine Abwertung des Staates und seiner Institutionen, sondern auch des Begriffs des «Öffentlichen» im weiteren Sinne. Dazu gehörte auch die beinahe systematische Vernachlässigung des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie die Verlagerung des öffentlichen Lebens in die Shopping Malls.

Bemerkenswert waren die Reaktionen und Strategien der Argentinier zur Überwindung dieser Situation: Einerseits gab es gemeinschaftliche Formen wie Selbstorganisation, Tauschhandel und von den Arbeitern übernommene und selbstverwaltete Betriebe. Andererseits die beinahe schon verzweifelte Reaktion einer nun nicht mehr nach ökonomischen Kriterien definierten Mittelschicht, die sich auf die Wiederentdeckung ihres Bildungsstands stützte, auf ihr Wissen und ihre kulturellen Praktiken.

Die Erfahrung, nicht nur den öffentlichen Raum für die Formulierung politischer Forderungen, sondern das Öffentliche und Gemeinnützige – wie zum Beispiel Bildungs- und Kultureinrichtungen – für eine Artikulation der Identität wieder zu entdecken, reanimierte die Wahrnehmung des Zusammenhangs zwischen Wissen und Bildung und sozio-ökonomischer Entwicklung. Die Idee des öffentlichen Bildungswesens wurde wieder so stark aufgewertet, dass es heutzutage niemand wagen würde, dessen Abbau zu fordern. Daten des Wirtschaftsministeriums zufolge sind in den letzten Jahren die öffentlichen Ausgaben im Bildungswesen wieder fast bis auf das Niveau der in dieser Hinsicht vorbildlicheren Industriestaaten angestiegen. So werden zum Beispiel die nationalen Universitäten in 2010 mit über 10 Milliarden Peso (rund 2 Milliarden Euro) von staatlicher Seite unterstützt.

In diesem Sinne scheint es zwar einen Konsens zu geben oder zumindest eine klare Strategie des Staates hinsichtlich seiner aktiven Pflicht, den Rahmen für ein kostenloses Bildungssystem und den Zugang zum Wissen zu gestalten, um auf diesem Wege nicht nur die sozialen, sondern auch die politischen Rechte zu garantieren. Andererseits aber überrascht in diesem Zusammenhang die restriktive Gesetzgebung im Bereich des Urheberrechts als grundlegender gesetzlicher Rahmen für den Erwerb von Wissen. Die aktuellen strengen Vorschriften in Argentinien, die die Rechte über die Werke erweitern und zeitlich ausdehnen (womit vermieden wird, dass sie nach Ablauf einer angemessenen Frist allgemein

zugänglich werden), bedienen vor allem die Interessen großer, häufig internationaler Unternehmen und be- bzw. verhindern die Zirkulation vieler der großen Werke der argentinischen Kultur – mit einer unerwünschten sozioökonomischen Folge: wer nicht die finanziellen Mittel hat, die Werke zu kaufen, hat schlichtweg keinen Zugang dazu.

Es geht natürlich nicht darum, eine «Freibiermentalität» zu fördern, vor allem im Bezug auf die Nutzung von Materialien und Werken, die vornehmlich Unterhaltungscharakter besitzen, ebenso wenig wie es im breiten Feld des künstlerischen Schaffens darum gehen kann, den Urhebern das legitime Recht zu nehmen, von ihren Werken zu leben. Doch die oben beschriebenen Auswirkungen stehen in krassem Widerspruch zur Absicht, den Zugang zum Wissen als Demokratisierungsinstrument in jeder Hinsicht zu erleichtern. Hier wird zwar der besondere Fall Argentiniens behandelt, aber auch in anderen Regionen der Welt werden die Möglichkeiten aller Bürger einer Gesellschaft beeinträchtigt, im Rahmen ihrer ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten Zugang zum Wissen zu erhalten, nicht nur als Instrument für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung, sondern ebenso als Grundlage für ihre aktive Teilhabe als Bürger und für die Entwicklung ihrer kulturellen Identität.

Schon seit einigen Jahren steht die Heinrich-Böll-Stiftung in regem Austausch und in Kooperation mit der argentinischen Nichtregierungsorganisation Via Libre. Via Libre arbeitet kontinuierlich daran, den Zugang zu Wissen und Information für alle möglich zu machen. Sie sind Teil der Bewegung für freie Software, arbeiten mit Wikimedia zusammen und versuchen, die Bildungs- und Kommunikationspolitik ihres Landes zu beeinflussen.

Dabei sind viele ihrer Anliegen Teil einer weltweiten Debatte um einen gerechten Zugang zu Wissen und Information im Zeitalter der nahezu unbegrenzten und kostengünstigen technischen Reproduzierbarkeit.

Die Auseinandersetzung um das Urheberrecht ist in dieser Debatte zentral und in Argentinien von großer Bedeutung, weil dort die Urheber- und Kopierrechte mit einer Strenge und Ausnahmslosigkeit geregelt werden, die ein allgemeingültiges Recht auf Bildung ernsthaft in Frage stellen.

Dieser Sammelband bietet einen Ausblick auf die Vielfalt der argentinischen Initiativen und Strategien, die sich für einen gerechten Zugang zu Informationen und Wissen einsetzen. Das Besondere an der Bewegung, zu der Via Libre zählt, ist ihre hohe Vernetzungskapazität und ihre Vielfalt. Vielfalt der Personen, der Methoden, der Auseinandersetzungen sind Grundprinzipien dieser Bewegung und machen sie so erfolgreich.

Das Regionalbüro Cono Sur der Heinrich-Böll-Stiftung hat sich im Rahmen seiner Arbeit zum Recht auf Bildung und Partizipation für die Erstellung dieses Bandes zum Urheberrecht in Argentinien entschieden. Anlässlich der Präsentation Argentiniens als Ehrengast der Frankfurter Buchmesse 2010 will die vorliegende Publikation eine Annäherung an diesen komplexen Zusammenhang zwischen einer äußerst restriktiven Urheberrechtspraxis und dem Zugang

zu Wissen und Bildung als wesentlichen Elementen für die Entwicklung und Stärkung einer partizipativen Demokratie bieten.

Wir danken der Stiftung Vía Libre und insbesondere Beatriz Busaniche für die hervorragende editorische Arbeit und den Autorinnen und Autoren für die anregenden Beiträge.

Berlin und Santiago de Chile, im Sommer 2010

Annette von Schönfeld
Referentin für Lateinamerika

Michael Alvarez
Leiter Regionalbüro Cono Sur